



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.
 Frau Diana Behr
 Am Markt 9
 19055 Schwerin

Schwerin, den 26. Juli 2021

vorab per Email an: Behr@steuerzahler-mv.de

BdSt-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern
 Ihr Schreiben vom 06. Juli 2021

Sehr geehrte Frau Behr,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 06. Juli 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitergehenden Bedarf haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

I. Strategien, Maßnahmen, Haushalt

1. Was sind aus Sicht Ihrer Partei die wichtigsten drei Ziele der kommenden Legislatur?

Die FDP verfolgt folgende Ziele, die sie im Landtag umsetzen will:

- Bildungsoffensive, die gegen Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel und Modernisierungstau an den Schulen und Beruflichen Schulen wirkt
- Modernisierungs- und Digitalisierungsoffensive, die MV vom letzten Platz in der Digitalisierung ins vordere Feld bringt und zugleich dem Bürokratismus den Kampf ansagt
- Wirtschafts- und Beschäftigungsoffensive, damit wir nach der Gesundheitskrise eine anhaltende Wirtschaftskrise mit Jobverlusten eindämmen können.

2. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wurde wiederholt von verschiedenen Organisationen und Politikern die Abschaffung der Schuldenbremse gefordert. Wie steht Ihre Partei zur Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse bzw. das Neuverschuldungsverbot muss schnellstmöglich konsequent eingehalten werden. Weitere Maßlosigkeit in kreativer Aufgaben- und Ausgabenausweitung dürfen wir uns angesichts der Altschulden und enormen Risiken in der Corona-Pandemie nicht immer weiter leisten.

3. In den Ausgaben des MV-Schutzfonds sind Maßnahmen aufgeführt, die (u.a. auch laut Aussage des Landesrechnungshofes) keinen unmittelbaren Bezug zur Pandemie haben und trotzdem mit „Corona-Schulden“ finanziert werden sollen. Wie stehen Sie zu einer Überführung des Sondervermögens in den regulären Landeshaushalt, um die Schuldenhöhe des Landes transparent darzustellen.

Transparenz ist für uns Freie Demokraten das oberste Gebot im Umgang mit Steuergeldern. Sondervermögen und Schattenhaushalte entziehen sich dieser Transparenz. Der Tendenz, Haushaltsmittel in Sondervermögen oder gar dem Strategiefonds zu binden, wird sich die FDP kritisch entgegenstellen. Erst recht, wenn sie die parlamentarische Kontrolle bzw. das Recht des Parlamentes zur Haushaltsaufstellung erschwert.

4. Plant Ihre Partei die Entwicklung/Einführung eines strategischen Personalkonzepts für die Landesverwaltung unter den Aspekten der Effizienz, Kosten, Zukunftsfähigkeit?

Es muss ein umfassendes und ressortbezogenes Personalentwicklungskonzept geben. Dabei geht es auch um Aufgabenkritik und darum, ob diese Aufgaben mit dem vorhandenen Personal erfüllt werden können. Natürlich müssen Effizienz, Kosten und Zahlungsfähigkeit einbezogen werden. Die zunehmende Digitalisierung der Landesverwaltung wird mittelfristig dafür sorgen, dass schneller, kostengünstiger und fehlerfreier gearbeitet werden kann, weil es Medienbrüche dann nicht mehr gibt.

5. Wie will Ihre Partei das Ziel der digitalen Verwaltung gemäß OZG erreichen?

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Verwaltung endlich voranbringen. Mit dem letzten Platz der Digitalisierungsindizes des Fraunhofer Institutes können und wollen wir uns nicht zufriedengeben. Eine Beschleunigung gelingt nur, wenn die Prozesse von Entscheidung bis zur Umsetzung verschlankt und abgekürzt werden.

6. Gibt es Sparvorhaben, die Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode umsetzen will? Falls ja, um welche Vorhaben handelt es sich (2-3 Beispiele)?

Es geht uns vor allem um die Auflösung des Strategiefonds, der eher der Absicherung teurer Wahlgeschenke dient.

Im Bereich der Subventionen würden wir Freie Demokraten viele auf den Prüfstand stellen. Viele wirtschaftspolitische Maßnahmen sind dringend zu hinterfragen hinsichtlich der Bedarfsorientierung und möglicher Mitnahmeeffekte.

7. Plant Ihre Partei besonders haushaltsrelevante Projekte? Wenn ja, wie gestaltet sich die Refinanzierung?

Es gibt mehrere Offensiven, die beherzt angegangen werden müssen. Zum einen muss der Fachkräftemangel an den Schulen und Beruflichen Schulen angegangen werden. Damit es keinen weiteren Unterrichtsausfall mehr gibt, sollen 108% Lehrkräfte 100% Unterricht ermöglichen. Dies wird auch ein finanzieller Kraftakt, der sich aber mittelfristig rechnet, weil wir mehr junge Menschen in Ausbildung und Arbeit bekommen, als sie wegen Abbruchs der schulischen Laufbahn dauerhaft über die Solidargemeinschaft zu alimentieren.

Als zweites muss der Breitbandausbau beschleunigt werden. Das setzt Aufwand für IT, für Implementierung usw. voraus. Auch hier trägt sich die Ausgabe mittelfristig, weil MV für Ansiedlung und Beschäftigung in digitalisierungsaffinen Branchen immer interessanter wird. Hier bestehen noch erhebliche Förderungen des Bundes, die in MV nicht eingeworben werden.

8. Zuletzt hat das Land keine Altschulden mehr getilgt. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Abbau dieser Schulden und bis wann?

Die FDP wird nach dem Wiedereinzug in den Schweriner Landtag zunächst einen Kassensturz veranlassen. Zudem wird sie darauf drängen, dass zunächst das Neuverschuldungsverbot wieder in Kraft tritt und sich nicht unter dem Deckmantel Corona die Tendenz zur dauerhaften Haushaltsüberschreitung festsetzt.

Anschließend geht es darum, die enormen Altschulden zu tilgen und zwar in ambitionierten Schritten. Bis wann dies möglich sein wird, kann erst realistisch eingeschätzt werden, wenn die Folgen von Corona in die Haushaltsrechnung eingegangen sind.

9. Das Land bildet Pensionsrückstellungen für die Beamten im Landesdienst. Sollen weitere Jahrgänge in diesen Versorgungsfonds aufgenommen werden? Wie stellt Ihre Partei sicher, dass der Versorgungsfonds die notwendige Rendite zur Leistung der gestiegenen Beamtenpensionen erwirtschaftet?

Grundsätzlich ist es wichtig, dass rechtzeitig vorgesorgt wird, damit die Pensionslasten eines Tages auch finanziell darstellbar bleiben. Klarer und eindeutiger wäre dies darzustellen über Rückstellungen, die wie bei der Doppik im kommunalen Rechnungswesen gebildet werden und den tatsächlichen Ressourcenverbrauch besser abbilden. Es macht keinen Sinn, das Erfordernis eines solchen Versorgungsfonds anderen Jahrgängen vorzuenthalten, da diese Pensionslasten auf die Gesellschaft und insbesondere die nachfolgenden Generationen ohnehin zukommen werden.

Die Rendite zur Leistung der gestiegenen Pensionen kann darüber erfolgen, indem ein kleinerer Anteil der Einstellungen in den Versorgungsfonds in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird, entsprechend dem Modell der gesetzlichen Aktienrente, welches die Freien Demokraten zur Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung vorgeschlagen haben.

10. Stichwort Werftenrettung: In nicht unerheblichem Maße ist das Land in Bezug auf die MV-Werften im finanziellen Risiko. Wie stehen Sie zur Rettung der Werften? Welche möglichen Alternativszenarien hat Ihre Partei?

Wir müssen aufpassen, dass der Staat nicht immer weiter unternehmerisches Risiko abnimmt. Diese Beobachtung zieht sich wie ein roter Faden durch die bisherige Wirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern: Die teuren politischen Pleiten im Zusammenhang mit dem Versuch, Werftenstandorte ohne tragfähige Konzepte zu retten, der verschlafene Strukturwandel sowie das grenzwertige Verhalten der Landesregierung im Zusammenhang mit der Nord Stream 2 Pipeline und der Umweltstiftung als Scheinauftraggeber sind Beispiele dafür. Wir Freie Demokraten sehen die Rolle der Politik in der Wirtschaft darin, einen verlässlichen, fairen Rahmen zu schaffen und Hürden abzubauen. Die richtige Wirtschaftspolitik entfesselt die Unternehmen in unserem Land und ermöglicht so einen größeren Wohlstand und mehr Gestaltungsspielräume für jede Einzelne und jeden Einzelnen.

Die Förderung von maritimen Innovationen wollen wir vorantreiben, Mecklenburg-Vorpommern soll als Zentrum für maritime Forschung und Lehre, Entwicklungen und Produktion ausgebaut werden.

II. Steuern und Abgaben

11. Das Land führte 2021 die Grundsteuer nach dem Bundesmodell ein. Die neue Grundsteuer soll „aufkommensneutral“ gestaltet werden. Was versteht Ihre Partei konkret darunter und wie soll das sichergestellt werden?

Im Zuge der umzusetzenden Grundsteuerreform hat die FDP vehement auf eine moderate Umsetzung gedrängt und wird so den kommunalen Spielraum für eine angemessene Absenkung kommunaler Hebesätze verbessern, damit die höhere Bewertung der Grundstücke bei gleichzeitig hohen Hebesätzen nicht zu einer Vervielfachung der Grundsteuer führt, die am Ende alle tragen, egal ob Eigentümer und Eigentümerinnen oder Mieter und Mieterinnen. Auf Landesebene wollen wir eine Grundsteuer auf Basis der Bodenfläche (Flächenkomponente) und des Wertes des Grund und Bodens (Wertkomponente), unabhängig von Bebauung und Nutzung. Das komplizierte aufwendige Bundesmodell muss mit Fachkräften umgesetzt werden und dadurch werden große Teile der Grundsteuerreform gleich wieder aufgezehrt.

12. Strebt Ihre Partei eine Veränderung der Grunderwerbsteuer an, um z.B. den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien zu fördern? Falls ja, was ist geplant?

Mecklenburg-Vorpommern liegt bei der Bildung von Wohneigentum bundesweit auf dem letzten Platz.

Wir fordern die schrittweise Absenkung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer ein, um Familien sowie Investoren und Investorinnen den Grunderwerb in Mecklenburg-Vorpommern zu erleichtern und nicht zu erschweren.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei Erwerb von Wohneigentum ein wiederauffüllbarer Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 EUR geschaffen wird, um die Chancen für jede Bürgerin und jeden Bürger, vor allem für Familien zu erhöhen, in einer eigenen Immobilie zu wohnen.

13. Plant Ihre Partei die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben? Falls ja, welche und wofür?

Nein, die FDP plant keine generellen Steuererhöhungen. Steuererhöhungen sind Sabotage am Aufschwung. Deutschland gehört bei Steuern und Sozialabgaben zur Weltspitze. Wir wollen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen, ohne dabei eine seriöse Haushaltspolitik aufzugeben. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten und damit die unabdingbare Voraussetzung für Impulse in die wirtschaftliche Erholung unseres Landes schaffen.

Lediglich die in der Digitalwirtschaft und im E-Commerce erzielten Umsätze und Gewinne großer international verzweigter Unternehmensgruppen bzw. -ketten müssen auch in dem Staat zur Steuer herangezogen werden, in dem sie Umsatz und Gewinn realisieren. Alles andere ist ein unfairer Steuerwettbewerb, in dem der vor Ort ansässige Mittelstand sich den Ertragsteuern nicht entziehen und nur unterliegen kann.

14. Wohnen wird teurer. Auch bedingt durch die Corona-Krise steigen die Preise für Strom, Heizung und Nebenkosten. Welche Pläne hat Ihre Partei zur Eindämmung/Begrenzung dieser Kosten?

Die FDP möchte kein staatliches Preisdiktat. Um die Preise für Strom, Heizung und Nebenkosten einzudämmen, sollte zunächst betrachtet werden, dass die öffentliche Hand selbst ein unwahrscheinlicher Kostentreiber ist mit EEG-Umlage, hohen Abgaben und Steuern. Hier setzen wir zuallererst an, indem wir alle Leistungen auf den Prüfstand setzen wollen.

15. MV ist ein Tourismusland. Wie steht Ihre Partei zur Kurabgabe? Sollte diese reformiert werden oder in bisheriger Form bestehen bleiben?

Die Erhebung einer Kurabgabe ist eine kommunalpolitische Entscheidung, die wir auch gern bei den Kommunen lassen wollen. Der Rahmen kann vom Land bestimmt werden und bei bestehendem Reformbedarf verschließen wir uns diesem nicht. Kurabgaben sollten aber nicht neben Zweitwohnsitzsteuer oder einer Betten- und Übernachtungssteuer zusätzlich erhoben werden. Andernfalls unterliegt derselbe Tatbestand unterschiedlichen Steuerregimes.

Sondersteuern im Tourismusgewerbe wie Betten- oder Übernachtungssteuern wollen wir Freie Demokraten auch vor Ort in den Kommunen abschaffen.

III. Transparenz, Verschwendung, Korruption

16. Wie steht Ihre Partei zu einer Reform des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich der Fristen und des Anfragevorgehens?

Es ist für die FDP eine Selbstverständlichkeit, dass jede Person im Rahmen der persönlichen Betroffenheit Akteneinsicht in behördliche Vorgänge erhalten muss. Ausnahmen kann es nur in engem Umfang bei vorrangiger Schutzwürdigkeit Dritter geben. Sofern hier Reformbedarf besteht, werden wir uns konstruktiv in diese Reform einbringen.

Die FDP möchte nach Möglichkeit größere Transparenz bei Verträgen zwischen Staat und Unternehmen schaffen. Der Staat wirtschaftet mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Er hat kein Recht, dies pauschal nicht öffentlich zu tun.

17. Am 31. Mai 2021 tagte der Landtag nach kurzfristiger Ladung in einer Sondersitzung zur Situation der MV-Werften. Kurzfristig brachten die Regierungsfractionen einen weiteren Antrag zur Werftrettung ein, ähnlich geschah dies auch im Zusammenhang mit der Gründung der neuen Umweltstiftung. Wie stellen Sie innerhalb Ihrer Fraktionsarbeit sicher, dass Abgeordnete vor ihrer Entscheidung im Landtag ausreichend Zeit und Informationsmöglichkeiten zu den geplanten Abstimmungen zur Verfügung stehen?

Im Umgang mit Steuergeldern, als deren Sachwalter wir uns politisch verstehen, darf nie Schnelligkeit vor Gründlichkeit gelten. Selbst in Ausnahmesituationen muss sachverständig abgewogen werden in Ausschüssen, Kommissionen und Anhörungen. Alles andere ist fahrlässig und würde von unserer Fraktion nicht mitgetragen werden. Wer die Zustimmung der FDP-Fraktion will, muss transparent dafür werben und auch kritische Fragen beantworten können.

18. Welche Maßnahmen will Ihre Partei umsetzen, um künftige Fälle von Steuergeldverschwendung auf Ebene des Landes sowie der Landkreise und der Kommunen zu verhindern?

Wir wollen mehr Transparenz einfordern und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle und Kontrollierbarkeit von Großinvestitionen, Förderungen, Bürgschaften und Beteiligungen in den Landtag einbringen. In jedem Fall muss eine konsequente Aufklärung und Verfolgung von Pflichtverletzungen in der politischen und verwaltungsinternen Amtsausübung erfolgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Aufsichtsräte konsequent mit Fachleuten zu besetzen sind und nicht mit Politikern und Politikerinnen oder nach Parteibuch rekrutierten Verwaltungsspitzen, die nicht unabhängig agieren können. Zudem drängen wir, dass das Vieraugenprinzip ausnahmslos im Rahmen aller aus öffentlichen Geldern finanzierten Projekten Grundvoraussetzung ist.

Die Rolle des Rechnungshofes und der Rechnungsprüfungsämter wollen wir stärken. Die bisherige Praxis der konsequenzlosen Kenntnisnahme von Prüfungsfeststellungen darf nicht fortgesetzt werden.

19. Wie geht Ihre Partei mit Fällen von Vorteilsnahme/Korruption in den eigenen Reihen um?

Im FDP- Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sind derartige Fälle nicht aufgetreten bzw. nicht bekannt. Vorteilsnahme und Korruption wären aber mit den Werten der Freien Demokratischen Partei auch nicht vereinbar.

20. Wie steht Ihre Partei dazu, die Verschwendung von Steuergeld unter einen gesonderten Straftatbestand zu stellen?

Verschwendung von Steuergeldern ist scharf zu verurteilen und zu bekämpfen. Dazu bedarf es nicht zwingend eines neuen Straftatbestandes. Ein neuer Straftatbestand darf zum Beispiel nicht dazu führen, dass aus Angst vor Fehlern am Ende gar keine Entscheidungen mehr getroffen werden. Hingegen muss klar dokumentiert werden, warum Steuermittel in nennenswertem Umfang ausgegeben werden, um eine Verschwendung von Steuergeldern, Vorteilsnahme oder Korruption am Ende auch nachprüfen zu können.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Die FDP-Landesgeschäftsstelle Schwerin